

Krafter Zeitung.

Nr. 84.

Freitag, den 12. April

1861.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafter 4 fl. 20 Nkr., mit Verrechnung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit der ersten Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

St. f. f. Apostolische Majestät haben mittelst Allerhöchster Entschliessung vom 8. April d. J. den Staatsminister zu ernennen geruht, behufs der Einführung einer provisorischen Kirchenordnung auf presbyterialer Grundlage für die Evangelischen beider Bekenntnisse im Amtsbezirk des evangelischen Oberkirchenrathes in Wien den zugehörigen Allerhöchsten Anordnungen vom 1. September 1859 durch die f. f. evangelischen Konsistorien in Wien nach Vernehmung der ihnen unterliegenden Seniorate und Superintendenten und mit Berücksichtigung der von ansehnlichen Kirchengemeinden ausgesprochenen Wünsche verfaßten und vom f. f. Staatsministerium revidirten Entwurf zu einer Kirchenverfassung für die evangelischen Glaubensgenossen in allen Theilen des Reiches mit Ausnahme der Königreiche Ungarn, Kroatien und Slavonien, des Großfürstenthums Siebenbürgen, der Militärgrenze und des lombardisch-venetianischen Königreiches in der Form einer provisorischen Verordnung hinauszugeben und durch den evangelischen Oberkirchenrath lediglich zu dem Zwecke in Wirklichkeit zu setzen, damit der evangelischen Kirche des österreichischen und helvetischen Bekenntnisses der Uebertragung von der bisherigen Verfassung zu den definitiven presbyterialen Einrichtungen, und in weiterer Folge die Wahl ihrer Abgeordneten zu ersten General-Synode organisirbar und auf dieser Synode, welche so bald als möglich einzuberufen ist, die Gelegenheit gegeben werde, mit freier Benützung des in der Verordnung gegebenen Materials die zur definitiven Feststellung, Vervollständigung und Einführung der Kirchenverfassung geeigneten erachteten Gesetzentwürfe zu formuliren und St. f. f. Apostolischen Majestät zur Allerhöchsten Entschliessung vorzulegen.

Ausgleich haben St. f. f. Apostolische Majestät dem Staatsminister die Ermächtigung zu ertheilen geruht, in Absicht auf die Regelung der Verhältnisse der evangelischen Kirche ausserösterreichischen und helvetischen Bekenntnisses zu den übrigen Religions-Christen, insbesondere zur katholischen Kirche einen im vorgedachten Wege zu vereinbarenden Gesetzentwurf mit Allerhöchster Genehmigung der nächsten Reichsvertretung zur verfassungsmäßigen Verhandlung vorzulegen.

St. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. April d. J. dem Staatskanzler, Director Moriz Lubach in allergnädigster Anerkennung seiner langen, treuen und vorzüglichen Dienstleistung bei seiner Veretzung in den dauernden Ruhestand den Titel eines kaiserlichen Rathes zu verleihen geruht.

St. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 30. März d. J. dem Reichsadjunkten Joseph Max und dem Official Franz Jelim von dem Reichsgericht in Wien in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Leistungen bei Verfolgung und Aufhebung von Mäubern das goldene Verdienstkreuz mit der Krone zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 12. April.

Die „Wiener Zeitung“ begleitet die Publication des kaiserlichen Patentes, betreffend die Regelung der evangelischen Kirche beider Bekenntnisse mit folgenden Bemerkungen:

Die Protestanten der österreichischen Länder, welchen die voranstehenden Publicationen gelten, werden — wir zweifeln nicht — den heutigen Tag mit dankbarem Gefühle segnen und das kaiserliche Wort, das an sie ergeht, wird weit hinausdringen über die Grenzen Österreichs als eine versöhnende, glückverheißende Botschaft, und freudigen Nachhall wecken, wo immer evangelische Glaubensgenossen wohnen, welche den Geschieden ihrer Brüder in Österreich jene erhöhte Theilnahme zuwenden, die in der Gemeinsamkeit ihrer religiösen Ueberzeugung begründet ist.

Und in der That, sie alle haben vollen Grund, sich des heutigen Tages zu freuen; denn wie er den Protestanten Österreichs die huldreichste Erfüllung inniger Wünsche bringt, so stellt er sie auf gleiche Höhe mit ihren entfernten Glaubensgenossen und knüpft zugleich fester das Band, welches sie mit ihren Mitbürgern verbindet, denen sie fortan durch freie Theilnahme in allen kirchlichen und bürgerlichen Rechten vollbürtig zur Seite stehen.

Durch das am heutigen Tage veröffentlichte Patent haben jene huldreichen Zusicherungen, welche St. Majestät den protestantischen Unterthanen in den nicht zur Krone Ungarns gehörigen Ländern wiederholt und zuletzt in dem Diplome vom 20. October 1800 zu geben geruht hatten, thatsächliche Geltung erlangt, und die Evangelischen beider Bekenntnisse in den bezeichneten Gebieten treten schon heute den vollen Besitz jener Rechte und Freiheiten an, welche den Protestanten in Ländern der ungarischen Krone durch den Artikel XX des Landtages vom Jahre 1847/48 zwar im Principe zugesichert sind, deren thatsächliche Gewährung sie jedoch erst von einer künftigen Gesetzgebung zu erwarten haben.

Das kaiserliche Wort, welches an die Evangelischen beider Bekenntnisse gerichtet ist, verkündigt nicht bloß den Grundsatz ihrer vollen Gleichberechtigung mit allen anderen anerkannten Religionsgenossenschaften, sondern es führt ihn in allen Richtungen des kirchlichen und staatlichen Lebens durch, und knüpft an die einzelnen

Beziehungen desselben, die aus der Anwendung des Princips der Gleichberechtigung sich ergebenden Rechte und Befugnisse, welche sich sonach nicht bloß auf die individuelle Freiheit religiöser Ueberzeugung, sondern auch auf die Manifestation derselben in Kirche und Schule und auf den notwendigen Bezug beider zu den staatlichen Einrichtungen erstrecken.

Dies ist in seinen Grundzügen der Inhalt des kaiserlichen Patentes.

Es weist den Evangelischen beider Bekenntnisse die selbstständige Ordnung und Leitung ihrer kirchlichen Angelegenheiten zu — es befiehlt, daß, wo immer ein Hemmnis ihrer freien Religionsübung noch bestehen möge, es als behoben anzusehen sei — daß die Verschiedenheit des christlichen Religionsbekenntnisses fortan keinen Unterschied in dem Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte begründen dürfe und daß jegliche Norm, welche die Ausübung dieser Rechte von Seite der Evangelischen bisher beirrt haben mochte, außer Kraft und Wirksamkeit zu treten habe.

Gestützt durch das am heutigen Tage erhaltene kostbare Unterpfand werden die Evangelischen hinsichtlich des Hemmnisses der freien Entfaltung ihrer kirchlichen Thätigkeit finden — keinen Anlaß zu gerechter Beschwerde haben, irgend einer Wohlthat, welche der Staat seinen Bürgern gewährt, um ihres Bekenntnisses willen nicht theilhaftig werden zu können, irgend eines Rechtes entbehren zu müssen, dessen die übrigen christlichen Religionsgenossen sich zu erfreuen haben.

Berufen zur Gesetzgebung in ihren kirchlichen Angelegenheiten, werden sie nach Feststellung des evangelischen Ererches in Zukunft die Gerichtsbarkeit über Eheangelegenheiten ihrer Glaubensgenossen ausschließend von evangelisch kirchlichen Behörden ausüben; berechtigt zur selbstständigen Leitung ihrer kirchlichen Angelegenheiten und zur Regelung ihres Volksschulwesens in kirchlicher Beziehung werden sie frei ihre Seelsorger wählen, Vereine zur Förderung ihrer kirchlichen und Unterrichtszwecke bilden, mit gleichartigen Vereinen des Auslandes in Verbindung treten, nach ihrem Ermessen Schulen errichten und Lehrer an dieselben berufen, ohne hiebei an irgend eine andere Schranke als jene der für alle Bürger des Staates geltenden Gesetze gebunden zu sein. Kein Hinderniß wird ihnen im Wege stehen, sich die Vortheile zuzuwenden, welche für die Heranbildung ihrer Lehrer und Prediger der Besuch ausländischer Lehranstalten zu gewähren vermag und wie ihnen die vollkommen freie Wahl und der Gebrauch der als zweckmäßig anerkannten geistigen Mittel zur Förderung ihres kirchlichen und wissenschaftlichen Lebens anheimgegeben ist, so stellt ihnen nach der feierlichen Zusage des kaiserlichen Patentes der Staat die materielle Hilfe zur Befriedigung dieser ihrer Bedürfnisse in reichem Maße als bisher in Aussicht und bietet seine Hand zur Anbahnung jener Reformen ihres kirchlichen Organismus, welche ebenso sehr wie die thatsächliche Anerkennung ihrer, dem Principe der Gleichheit vor dem Gesetze entsprechenden staatsrechtlichen Stellung ein Gegenstand ihrer berechtigten Wünsche geworden sind.

In dieser Beziehung kommt das kaiserliche Patent denselben mit der bereits im Grundsatze ausgesprochenen Gliederung des Kirchenregimentes auf presbyterialer und synodaler Grundlage entgegen und eine besondere Verordnung, welche jedoch nur zu vorübergehender Geltung zu gelangen bestimmt ist, enthält die weitere Gliederung dieser Kirchenordnung in ihren Einzelheiten. Obgleich in allen wesentlichen Punkten auf die ausgesprochenen Wünsche und unversholten Kundgegebenen Ansichten der Evangelischen beider Bekenntnisse in diesen Ländern gegrunder, soll sie doch keineswegs der selbstständigen Regelung der Kirche durch die Evangelischen selbst auf dem Wege synodaler Legislation vorgehen; ihr Zweck ist allein, den Uebergang von der bisherigen Kirchenverfassung zur angestrebten neuen zu vermitteln und die erforderlichen Voraussetzungen ihrer Verwirklichung zu gewähren. Die definitive Feststellung derselben haben St. Majestät der in dem Allerhöchsten Patente bezeichneten kirchlichen Gesetzgebung anheimzugeben geruht, von der Ueberzeugung geleitet, daß nur jene Normen der Regelung des inneren kirchlichen Lebens der Gesamtheit der Gläubigen nachhaltigen Segen zu bringen vermögen, welche aus der Kirche selbst nach reiflicher Erwägung der eigenen Bedürfnisse und der Mittel sie zu befriedigen, hervorgegangen sind.

Diese in großen Umrissen vorgesehene, den Evangelischen beider Bekenntnisse gewährten Rechte und Freiheiten sind in ihrer Wesenheit nur die thatsächlichen Folgerungen aus dem von St. Majestät bereits

bei früheren Anlässen ausgesprochenen Grundsatze ihrer principiellen Gleichberechtigung vor dem Gesetze und mit den anderen anerkannten Religionsgenossenschaften.

Doch mußte sich nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Patentes vom 26. Februar d. J. die Ausführung dieses Grundsatzes in jenen Schranken halten, innerhalb welcher sich das kirchliche Leben der evangelischen Glaubensgenossen und die Beziehungen desselben zum Staate bewegen; dagegen mußte die Regelung jener Verhältnisse, welche die auf gesetzlichen Grundlagen beruhenden Beziehungen derselben zu anderen Confectionen zum Gegenstande haben, hiebei außer Betracht gelassen werden.

Die Feststellung dieser letzteren kann nunmehr, ohne daß der rückhaltlosen Erfüllung der von St. Majestät gegebenen Staatsgrundgesetze Abbruch geschieht, nur auf verfassungsmäßigem Wege angebahnt werden und eine Gesetzgebung, welche die in dieser Richtung stehenden Fragen, nach dem von St. Majestät ausgesprochenen Grundsatze der vollen konfessionellen Gleichberechtigung zum endgiltigen Abschlusse bringen soll, darf der im §. 11 des kaiserlichen Grundgesetzes über die Reichsvertretung vorgezeichneten Mitwirkung des Reichsrathes nicht entzogen werden.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Lösung dieser Fragen die Gemüther in hohem Grade bewegt und daß hiebei die zartesten Rücksichten religiöser Ueberzeugung und der Innigkeit des Familienlebens ihre Befriedigung verlangen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß jener Geist der Milde und Veröhnung, der wahren Freiheit und Gerechtigkeit, welcher in den Bestimmungen des heute veröffentlichten kaiserlichen Patentes Geltung und Ausdruck erhalten hat, auch den Rath jener leiten wird, welche schon in nächster Zukunft berufen sein werden, an der Vollendung des begonnenen Werkes mitzuwirken.

„Days“ erklärt zu wissen, daß die von England auf Malta getroffenen maritimen Vorkehrungen auf etwas anderes als die bloße Sicherung dieser Insel abzielen. Es sind dort Befehle zu umfassen, die Verproviantirung gegeben und die Garnison ist in Voraussicht der Einschiffung eines Expeditionscorps auf 8000 Mann erhöht worden. Diese Maßnahmen seien durch die Verlängerung der Occupation Syriens hervorgerufen, und es geht das Gerücht, daß England irgend einen Punct zwischen Ober-Syrien und Egypten besetzen würde.

In Paris, schreibt der „Corr. der N. V.“, ist Jedermann von einem baldigen Ausbruch des Krieges am Mincio so gut wie überzeugt. Daß man hoch oben auf diesen Ausbruch rechnet, daß man ihn wünscht, unterliegt den meisten Leuten keinem Zweifel und man weiß da „hoch oben“ mit großer Geschicklichkeit ins Werk zu setzen, was man wünscht. Uebrigens macht man hier nicht das geringste Geheimniß aus den großen Rüstungen, und wer die Cafés und Estaminets besucht, in denen die Flüchtlinge aus aller Herren Ländern verkehren, der braucht jetzt nur einen Blick hinein zu thun, um schon viele zu sehen, die nicht da sind! Zwei junge brave Menschen, voll Muth und Ehrgeiz, aber auf der niedrigsten Stufe politischer Bildung, wie fast alle italienischen Gasse hier, die mir oft von Garibaldi erzählten, zu dessen Stab sie gehört hatten, sind heute von hier abgereist; sie sagten mir selber, daß sie ein Schreiben ihres Chefs erhalten hätten, der ihnen befiehlt, sofort nach Italien zurückzukehren. Auch sie waren überzeugt, daß die ersten Entschlüsse am Mincio fallen würden.

Die „B. u. H.“ schreibt: „Wie es den Anschein gewinnt, wird Sardinien die Anerkennung des Königreiches Italien von Seiten der Preussischen Regierung durch Zusicherung von Handelsvortheilen zu erwirken suchen. Der zwischen dem Zollvereine und Sardinien bestehende Handelsvertrag soll nämlich auch auf Neapel und Sicilien und die übrigen von Piemont annectirten Länder ausgedehnt werden. Wenn Sardinien haben die Sardinischen Consulate sich an die Handelskammern gewandt, um von ihnen die Bezeichnung derjenigen Artikel der doppelseitigen Production und Industrie zu erlangen, für welche eine Erleichterung des Einganges in die italienischen Länder gewünscht wird. Wie wir hören, wird dieser von den Consulaten gewählte Weg, die Materialien für ihre nach Turin zu machenden Vorschläge zu sammeln, nicht überall für correct erachtet, zumal es scheint, als sollten Handelsvortheile nur in Aussicht gestellt werden, um eine Agitation im Zollvereine zu Gunsten der Anerkennung einzuleiten.“ (Wenn das richtig ist, bemerkt die „N. V.“, so beweist es aufs Neue, daß Herr Cavour,

dem Alles feil ist, vermuthet, auch in Preußen und Deutschland stände der Schacher höher als Ehre und Recht. Daß übrigens die Sardinischen Consulate nicht direct mit Preussischen Handelskammern zu verhandeln haben, liegt auf der Hand.)

Die Anerkennung des Königreiches Italien von Seiten des Schweizer Bundesrathes ist denn doch erfolgt. Folgendes der Wortlaut der Note, welche der Bundes-Präsident in Folge der Notification des Grafen Cavour an den eidgenössischen Gesandten in Turin, Chev. Josteau, erlassen: Herr Gesandter! Mit Note vom 23. d. hat Hr. Commandeur Josteau uns in Kenntniß gesetzt, daß das National-Parlament ein auch von St. Majestät dem Könige von Sardinien sanctionirtes Gesetz erlassen hat, kraft dessen Victor Emanuel II. für sich und seine Nachfolger den Titel „König von Italien“ annimmt. — Indem wir Ihnen hiermit diese Note in Abschrift übermachen, ertheilen wir Ihnen den Auftrag, unsererseits der Regierung des Königs Victor Emanuel diese gefällige Mittheilung zu danken, so wie auch die Befriedigung auszusprechen für die freundschaftlichen Gesinnungen, welche die Regierung St. Majestät bei diesem Anlaß gegen die Schweiz geäußert hat. Diese wird nicht erangeln, von ihrer Seite mit loyaler Gesinnung das Ihrige beizutragen, um die alten freundschaftlichen Beziehungen beider Nachbarländer auch bei veränderten staatlichen Verhältnissen zu erhalten und immer mehr zu befestigen. Genehmigen Sie etc.

Der in Neapel erscheinende „Progresso“ schreibt: „Die Nachrichten aus dem Innern des Landes lassen sich in zwei Worten zusammenfassen: Entmutigung und Unzufriedenheit.“ — Der ebenfalls in Neapel erscheinende „Popolo d'Italia“ sagt: Die Sicherheit für Leben und Eigenthum fehlt uns; wir sind auf den Urzustand des civilisirten Lebens zurückgedrängt. Weiß man etwa in Turin nicht, daß unsere Provinzen in gänzlicher Unordnung sind? Daß in Neapel das Brod theuer ist, weil aus den reichsten Provinzen auf keiner einzigen Straße Getreide mit Sicherheit nach der Hauptstadt geführt werden kann? Süditalien liegt in den letzten Tagen, und wir gerathen buchstäblich täglich mehr vom Regen in die Traufe; an Staatsgeldern fehlt es in so auffälliger Weise, daß es klar wird, wie räuberische und raubgierige Hände Tag um Tag unser Gold und Silber entführen, und uns kaum das Kupfer übrig lassen. Der Handel ist todt, die Geschäfte stocken, die Justiz erlahmt. Maueranschläge gegen die Bevölkerung in Kenntniß, amerikanisches Mehl sei angekommen und werde zu ermäßigten Preisen verkauft. Barmherziger Gott! Müßen wir im üppigen Süditalien auf amerikanisches Mehl warten, um nur einigermaßen wohlfeiles Brod bekommen zu können?

Es ist unglaublich, schreibt man der „Schlef. Z.“ aus Frankfurt, welche Mänke die Dänen angewandt haben, um sagen zu können, daß die Stände das ihnen vorgelegte Budget nicht hätten discutiren wollen. So war den Ständen das Budget als Annexum mit den andern Papieren als beigelegtes Actenstück st. schweizend auf die Pulte gelegt worden. Es sollte dann heißen, daß sie keine Noth davon genommen. Alle diese Manöver sind aber durch das correcte Verfahren der Stände gelähmt worden. Das Budget mußte ihnen von Rechtswegen in amtlichem Wege zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dagegen erklärte der dänische Commissar, die Regierung werde sich an ihren Beschluß nicht gebunden erachten. Das Wort wäre also kein beschließendes, sondern nur ein consultatives gewesen. Darauf konnten die Stände nicht eingehen. Es war eine ihnen gestellte Falle, die sie zu vermeiden mußten. In Berlin und Wien operiren die dänischen Diplomaten mit der erbeuteten Besorgnis vor einer revolutionären Steuererhöhung. Man durchschaute aber auch diesen Coup, und die dänischen Diplomaten sind damit durchgefallen.

Nach der ministeriellen „Gann. Stg.“ ist zwischen Österreich und Preußen über die kurhessische Verfassungsfrage vollständige Einigung erzielt und zwar dahin, daß sie den von der kurhessischen Regierung eingeschlagenen Weg billigen, nämlich den demnachst zusammenzutretenden Ständen Vorlagen zu dem Zwecke zu machen, alle nicht bundeswidrigen Bestimmungen der Verfassung von 1831 in die von 1860 herüberzunehmen.

Landtags-Verhandlungen.

Vierte Sitzung des nied. österr. Landtages. Eröffnung 12 1/2 Uhr. Nach Beendigung der Wahlprüfung nimmt die Versammlung, dem Antrage des

betreffenden Ausschusses gemäß, die Regierungsvorlage wegen Ernennung von Ersatzmännern für die Reichsrathsabgeordneten ohne Debatte an. Nach der Wahl von 4 definitiven Schriftführern wird die Sitzung um 1 1/2 Uhr am Samstag 12 Uhr vertagt.

Zu Reichsräthen für Oberösterreich sind gewählt die Herren: Haib, Eifersberg, Wieser, Pummerer, Hann, Groß, Edelbacher, Kemeter, Wienerer, Dabon; außerdem wurden 7 Ersatzmänner ernannt.

Salzburg, 10. April. Dritte Sitzung. Als Ersatzmänner für den Reichsrath wurden gewählt: Landeshauptmanns-Stellvertreter Mertens und Steinacher, Postmeister in Golling. Se. Excellenz Minister Laffer erklärte die Wahl anzunehmen, dankt für das ihm bezogene Vertrauen und erklärt: Ich folge dem Programm des Staatsministers aus treuester innigster Ueberzeugung. Sie werden an mir fortwährend einen Vorkämpfer finden für die Reichseinheit, soweit dieselbe nach dem Diplom vom 20. October 1860 und dem Allerhöchsten Patente vom 26. Februar 1861 angekrebt und vollführt werden kann, einen Vorkämpfer für die staatsrechtliche Gleichberechtigung und gleiche Verpflichtung aller Länder und Völker des Reiches, als Vorkämpfer für die Wahrung der geistlichen Rechte der Krone und für die Aufrechterhaltung der Interessen und Freiheit des Volkes, als einen Vorkämpfer endlich für die Befestigung und Fortbildung unserer Verfassung. (Stürmischer Beifall.) Dr. Halter hatte vor dem Wahlaacte erklärt, die ihm zugesagte Wahl abzulehnen zu müssen. In den ständigen Ausschuss wurden gewählt: Dr. Halter, Schöber, Landesgerichtsrath Pfeiler aus Dorn und Potter. Heute ist auch Abendigung.

In der heutigen Abendigung des Landtages stellt Minister von Laffer nach längerer Begründung in einer mit großem Beifalle aufgenommenen Rede den Antrag auf Prüfung der Waldculturs- und Forstverhältnisse des Landesauschusses die geeigneten Erhebungen unter dem Beirathe von Sachverständigen zu pflegen und dem nächsten Landtage Bericht und Anträge zu erstatten. Der Abgeordnete Pfeiler beantragt eine Petition an Se. Majestät, wegen sogleicher Sistirung der Arbeiten der Servituten-Ablösungs- und Regulirungs-Commission im Herzogthum Salzburg. Beide Anträge werden einem Ausschusse von 9 Mitgliedern zur Berichterstattung für nächsten Freitag zugewiesen, desgleichen ein Antrag Wills auf eine billige Entschädigung der Besitzer von Realgewerben. Nächste Sitzung Freitag.

Prag, 10. April. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde die Prüfung der Wahlen fortgesetzt, sodann Debatte über das aktive Wahlrecht der Frauen. Es wird vorläufig entschieden, daß Frauen, welche die im Wahlgesetze bestimmten Eigenschaften besitzen, durch männliche Stellvertreter wählen dürfen. Mehrere beantragte Wahlen wurden der Wahlcommission zur Prüfung überwiesen. Feierliche Beerdigung der Mitglieder. Wahl des Landesauschusses und der Reichsraths-Mitglieder soll längstens Montag erfolgen. Morgen kommt die Dankadresse an Se. Majestät den Kaiser, dann eine Adresse des Erzbischofs wegen Krönung Sr. Majestät in Prag zur Verhandlung. Niegler stellt den Antrag auf Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der Landtags-Mitglieder.

Brünn, 10. April. Die Auslosung des Landtages in 10 Abtheilungen und innerhalb derselben die Wahl des Komitès zur Abfassung der Adresse, ferner des Komitès für die Geschäftsordnung, die Verifikatoren und für die Veröffentlichung der Landtagsverhandlungen wurde vorgenommen. Ueber die Authentizitätsfrage rücksichtlich der Sprachen fand eine lebhafte Diskussion statt. Schließlich wurde eine vertrauliche Sitzung über die beantragte Wahl des Hohenstädter Deputirten abgehalten. Morgen findet eine Berathung über den heute zu verfassenden Adresse-entwurf statt.

Troppau, 10. April. Vierte Landtags-Sitzung. Vorlesung des Protokolls. Komitèbericht über den Entwurf der Adresse. Dieser Entwurf wird vorgelesen, mit großem Beifalle vernommen und als Adresse mit Acclamation angenommen.

In den ständigen Landesauschluß wurde gewählt: Dr. Hein, Graf Kolowrat, S. Falkenstein, D. Dittreich, Graf Ruenburg, Dr. Kasperik, Dr. Heinz. Die nächste Sitzung findet am 17. April statt.

Die Adresse (in welcher das Moment der Reichseinheit und des Vertrauens zu dem Ministerium besonders betont ist) schließt mit den Worten: Mit den Gefühlen der Treue und ehrfurchtsvollen Ergebenheit für Se. Majestät und das Allerhöchste Kaiserhaus glaubt der schlesische Landtag auch den Wunsch ausdrücken zu sollen, es wolle Se. Majestät gefallen, auch dieses Kronland mit einem Besuche zu beglücken, um vom Landtage Allerhöchst persönlich die Huldigung des Landes entgegenzunehmen.

Gernowitz, 10. April. Die Prüfung der Wahlen für den Landtag wurde heute beendet; alle Abgeordneten wurden zugelassen. Eine Dank-Adresse an Se. k. k. Apostolische Majestät wurde einstimmig beschließen.

Laibach, 10. April. Landtags-Sitzung. Als Abgeordnete zum Reichsrathe wurden gewählt: Dr. Karl v. Wurzbach; Städte: Rufsch Deilmann, Landesgerichtsrath Brolich; Landgemeinden: Landesgerichtsrath Kromer, Gutsbesitzer Koren, Dr. juris Thomann, letztere zwei unentschieden. Ersatzmänner: Grundbesitz: Anton Graf Auersperg; Städte: Johann Koster; Landgemeinden: unentschieden.

In der zweiten Sitzung der Krainer Landesvertretung kam die Adresse an Se. Majestät den Kaiser zur Berathung und wurde dieselbe in beiden Landessprachen, der deutschen und slowenischen, einstimmig angenommen. — Hierauf kam ein von Dr. Thoman gestellter Antrag, betreffend die slowenische Sprache im Landtag zur Berathung. Der Deputirte, welcher gar nicht deutsch oder nur mangelhaft es spreche, müsse slowenisch reden dürfen; man verlange keine Debatten,

sondern nur die principieller Anerkennung der slowenischen Sprache. Der Antrag wurde nach einer kurzen aber bewegten Debatte angenommen. Nun kam ein von Dr. Blewits gestellter Dringlichkeitsantrag, die Unverantwortlichkeit der Landtags-Abgeordneten betreffend, zur Verhandlung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hr. v. Riccabona ein in Bälsthirol gewählter Abgeordneter, veröffentlicht folgende Erklärung: „Als geleglich gewählter Deputirter des Districts von Cavalese, Fassa und Premiero halte ich es für meine Pflicht, das mir anvertraute Mandat anzunehmen und aus allen meinen Kräften den allgemeinen und einmüthigen Wunsch des Landes zu unterstützen, für das italienische Tirol einen eigenen Landtag zu bewirken; dieser Wunsch hat sich namentlich bei Gelegenheit der letzten Wahlen sehr unzweideutig ausgesprochen. Indem ich die Meinung der übrigen erwählten Herren Deputirten achte, die aus besonderen Gründen sich entschlossen nicht zum Landtage nach Innsbruck gehen zu wollen und zu dem oben angedeuteten Zwecke andere Mittel ergreifen zu müssen glauben, halte ich das für den Weg nicht verlassen zu dürfen, welchen ich für den streng rechtlichen und gesetzlichen erkenne.“

Der Landtag der gefürsteten Grafschaft Görz wurde durch den Statthalter Herr Ritter von Bosio, als kaiserlicher Commissär und Vertreter Sr. Exc. des Statthalters, mit den Worten eröffnet: „Schwer sind die Ihrer Obhut anvertrauten Pflichten, groß die von Sr. Majestät schon bewilligten Rechte, unterziehen Sie sich den ersten und bewahren Sie die letzteren mit wahrer Vaterlandsliebe, mit Festigkeit, Loyalität und Treue gegen Se. Majestät und den Thron.“ Hr. von Bosio stellt darauf den Grafen Pace als Landeshauptmann und Dr. Doljak als Stellvertreter vor. In seiner Eröffnungsrede an die Landtags-Abgeordneten hob Graf Pace die Wichtigkeit des gegenwärtigen Moments hervor. Der erhabene Monarch habe mit freien und muthigen Worten seine Völker mündig erklärt und sie aufgefordert, ihre Bedürfnisse an den Thron gelangen zu lassen. Die ihnen gewährten Rechte seien erheblich, aber auch die damit übernommenen Pflichten. Es handle sich jetzt darum, einen Beweis der Verehrung und Dankbarkeit für die Allerhöchsten Concessionen abzuliegen. Graf Pace schloß mit einem Lebehoch auf das Vaterland und Se. Majestät den Kaiser, in welches die Abgeordneten und das in dem Saal zahlreich versammelte Publicum lebhaft einstimmt. Die für die kurze Dauer der Session beabsichtigten Regierungsvorlagen werden hauptsächlich in einem Veranschlag des Budgets für 1862 und der Uebergabe der in die Competenz des Landtages gehörigen Fonds und Anstalten bestehen.

Der isrianische Landtag ist am 4. d. M. in Parenzo feierlich zusammengetreten. Der Feierlichkeit ging ein in der Kathedrale gehaltenes Hochamt voraus, worauf die Eröffnungsrede des landesfürstlichen Commissärs Grafen v. Coronini und des Landeshauptmannes Marchese Polcinini folgten.

Soweit sich dies schon jetzt überblicken läßt, werden, wie die „Tr.“ berichtet, vom Justizminister folgende Gesetze dem nächsten engern Reichsrath vorgelegt werden: das Preßgesetz, die revidirte Strafproceßordnung vom Jahre 1850; die Grundzüge der neuen Civilproceßordnung in der vom Comité festgestellten Fassung; ein neues Wuchergesetz; das revidirte Gesetz über das Vergleichsverfahren; ferner die in Nürnberg zu Stande gekommenen Gesetze, nämlich das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch; das Gesetz über die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu gewährende Rechtshilfe (Exequationsgesetz) und die Abänderungs-Vorschläge zur allgemeinen Wechselordnung.

Österreichische Monarchie.

Wien, 11. April. Ihre Majestät die Kaiserin wird von Madeira zurückkehrend, in Triest landen; die Ankunft wird in der ersten Hälfte des Monats Mai erfolgen, und Se. Majestät der Kaiser, dann Kronprinz Rudolph und Prinzessin Gisela zum Empfang der Kaiserin nach Triest reisen.

Dem in Portsmouth commandirenden Englischen Vice-Admiral ist der Befehl erteilt worden, die Yacht „Victoria und Albert“ so rasch als nur möglich zur Abfahrt fertig zu machen, um S. M. die Kaiserin von Oesterreich von Madeira abzuholen und nach Triest zu führen. Auch ist bereits nach Malta Engländerseits die Weisung gegangen, alles in Bereitschaft zu halten, um die Yacht bei ihrer Ankunft daselbst, sei es auch mitten in der Nacht, ohne Verzug mit frischen Kohlen zu versehen.

Der 21. April d. J. wird in der k. k. Armee dadurch eine höhere Bedeutung erhalten, daß Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig, 33. J., an diesem Tage das sechzigste Jahr der Ernennung zum Inhaber des 8. Infanterie-Regimentes zählen wird. Der erlauchteste Prinz ist der Senior der gegenwärtigen Regiments-Inhaber und im 77. Lebensjahre stehend.

Wie die „Prager Ztg.“ vernimmt, hat Se. k. k. Apostolische Majestät dem Redacteur des „Völkboten“, Herrn David Kub, der bekanntlich im Jahre 1848 in Ungarn kriegsrechtlich verurtheilt worden war, über sein Ansuchen sämtlicher rechtlicher Folgen seiner kriegsrechtlichen Aburtheilung in Gnaden nachgesehen und bewilligt, daß derselbe auch rücksichtlich der Ausübung seiner politischen Rechte als rehabilitirt angesehen werde.

In Pest fand am 9. eine Conferenz von 60 liberalen Deputirten bei Nyary statt. Die Frage, ob der Landtag sich konstituiren dürfe, wurde mit „Ja“ beantwortet. (Ehrnädig!)

Wie das Granner, hat auch das Dedenburger Comitè gegen den Reichsrath protestirt. Dieses

Comitè hat ferner beschlossen, im Vorurtheilsaal eine Marmortafel mit den Namen in Goldbuchstaben aller aus dem Comitè stammenden Honvedofficiere aufzustellen.

Ueber den Mordanschlag auf den Abgeordneten Stojanowitsch erzählt „M. S.“, daß Brauer Schöber überhaupt ungewöhnlich eifersüchtig sei und seine Frau zu mißhandeln pflege. Als nun Schöber sie an jenem Tage schlug, habe St. S. Diener Partei für sie genommen, Schöber jedoch ein Gewehr ergriffen und dem ungetroffenen Vermittler den Arm zerhauen, mit einem zweiten Schuß habe er St., der seinem Diener zu Hilfe eilte, niedergestreckt. Nach „M. S.“ ist Stojanowitsch bereits verschieden, der Diener aber außer Gefahr.

Dem „Fremdenblatt“ berichtet man aus Karlowitz 5. April: Eine in Wien bekannte Persönlichkeit, Herr v. Stojanowitsch, Güterdirektor des Baron Sina, früher Vicegespan des Borontaler Komitates, als Kongreß-Abgeordneter der Stadt Kiskinda nach Karlowitz gekommen, wurde hier nebst seinem Bedienten von seinem Hausherrn, einem deutschen Bierbrauer, Andreas Schöber, tödtlich verwundet. Es war gegen 6 Uhr Morgens, als Schöber aus seinem Zimmer in das des Bedienten trat und ihn um Wasser in den Hof schickte. Der Bediente schickte sich eben an, hinauszugehen, als er einen Pistolenschuß von rückwärts in die Schulter erhielt; er stürzte zusammen und rief: „Gospodine! (Herr) man mordet mich, gebet acht!“ Der Mörder trat hierauf schnell in das Zimmer des Herrn v. Stojanowitsch, der durch den Pistolenschuß aus dem Schlafe erwacht war, und fragte: „Was gibts?“ Schöber antwortete ihm in deutscher Sprache: „Guten Morgen, Herr v. Stojanowitsch, fürchten Sie nichts, es ist ihm gar nichts geschehen.“ Während er dies sagte, trat er ganz nahe zu ihm und feuerte eine zweiläufige Pistole auf ihn los. Als der Mörder sah, daß Herr v. Stojanowitsch nicht zusammenstürzte, griff er nach einem Revolver, der sich auf dem Tische befand. Herr von Stojanowitsch hatte aber noch so viel Kraft um dem Mörder den Revolver zu entwenden. Darauf ergriff Schöber die Flucht, Stojanowitsch wollte ihn verfolgen, stürzte aber zusammen. Da man aus der Zehnthandlung auf einen Anfall von Wahnsinn nicht schließen kann und der Mörder bei voller Besonnenheit die That eingeleitet und nur über die Motive ein standhaftes Stillschweigen beobachtet, so verliert sich das Publicum in eine Menge von Conjekturen, Herr v. Stojanowitsch lebt zwar noch, ist aber von den Verletzten ganz ausgegeben, da die Lunge durch die Spitzkugel lädirt ist. In ihm verlieren die Serben den eifrigsten Vermittler und Fürsprecher ihrer Sache bei den Magyaren.

Nach der „Deserr. Ztg.“ ist den venetianischen Provinzen die Zahlung der für die Militärpflichtigen zu entrichtenden Entschädigungsgelder bis zum Jahre 1862 gestundet worden.

Deutschland.

In München am 8. d. M. Commissäre der Mainuferstaaten zu Conferenzen über die, nach erfolgter Regelung der Rheingölle, nunmehr unumgängliche Ermäßigung und theilweise Aufhebung der Mainzölle zusammengetreten.

Der österreichische Gesandte, Graf Karnicki, ist am 5. d. nach längerem Urlaub wieder in Kassel eingetroffen.

Wie der „Kreuzzeitung“ geschrieben wird, hat Hannover am Bunde den Vorschlag gemacht, daß das 10. Bundesarmecorps über sein bisheriges Bundesmäßiges Truppencontingent hinaus die Stellung der Küstenvertheidigungs-Brigade für das nordwestliche Deutschland übernehme.

Die „K. Z.“ meldet: Es hatten sich 470 Polen an den Ober-Präsidenten der Provinz Posen mit der Bitte gewandt, für die agronomischen Vereine einen Central-Verein in Posen gründen zu dürfen. Die Deutschen Vereine hatten sich bei diesem Schritte nicht betheiligt. Der sogenannte „Central-Verein“ würde also diese Bezeichnung mit Unrecht beansprucht haben, und die Erlaubnis wurde nicht gewährt.

In der sächsischen Abgeordnetenkammer wurde, wie das „Leipziger Journal“ vom 10. d. meldet, in der Frage wegen Kurheffen beschlossen, Verwahrung einzulegen gegen die durch den Bundesbeschluß vom Jahre 1852 ausgesprochene Bundesstaatsbürgerschaft, eine in anerkannter Wirksamkeit stehende Staatsverfassung aufzuheben, und zwar einstimmig, die Regierung zu eruchen, geeigneterweise dazu mitzuwirken. Der Antrag auf Wiederherstellung des Rechtszustandes Kurheffens unter Festhaltung der Rechtsbürgerschaft oder Verfassung von 1831 wurde mit 44 gegen 19 Stimmen angenommen.

In einer am 24. v. M. von Mitgliedern des deutschen Nationalvereins zu Bromberg gehaltenen Versammlung wurde das Verhältniß der Provinz Posen zur Erörterung gestellt. Der abgeordnete Schulze-Dehlich wies in einem längeren Vortrage darauf hin, daß sowohl vom nationalen als auch vom rechtlich-politischen Standpunkte aus betrachtet, die politische Agitation vollkommen ungerechtfertigt erscheine. Er fragte, ob diese Provinz etwa nur durch militärische Eroberung an Preußen gelangt, ob einer wesentlichen polnischen Bevölkerung eine fremde Regierung aufgedrängt sei, und behauptete dann, daß vielmehr eine lange und friedliche Ueberziehung den Deutschen die Städte dort gesichert habe. Gegenwärtig sei die Provinz bei weitem mehr deutsch als polnisch, denn möge auch der Kopfzahl nach, besonders in manchen Theilen, die polnische Bevölkerung für den Augenblick noch um ein Geringses überwiegen, so seien doch die Hauptfactoren des politischen und sozialen Lebens wesentlich deutsch; ja, das Beste, was die Polen selbst haben, ihre Bildung, ihren wirtschaftlichen Fortschritt, die Emancipation des Bauernstandes, verdanken sie den Deutschen. Kraft des nationalen Prinzips also könne Preußen den Polen nun und nimmermehr einen Anspruch an diese Provinz zugeschieben, denn

Nationalität bleibt nicht an der Scholle, ihre Träger sind die lebendigen Menschen, die an jedem Ort, zu jeder Zeit wirkenden Mächte und Interessen. Ein Recht aufstellen, wonach ein Volk jedes Stück Land, wo seine Vorfahren irgend einmal geherrscht, als Eigenthum reklamiren kann, gleichviel ob und wie ein anderes Volk sich inzwischen daselbst eingeordnet hat: das hieße das gerade Gegentheil des nationalen, das Territorial-System proklamiren, Land und Leute wie einen Privatbesitz einer altverjährten Bodenherrschaft zusprechen. Wo soll die Macht herkommen, solche Ansprüche durchzusetzen, und welche Normalzeit soll in den steten Völkersituationen unseres Continents die maßgebende sein? Eine unabsehbare Verwirrung, eine neue Völkerwanderung müßte sich darüber entspinnen, ein Stück der alten Barbarei wieder über uns hereinbrechen.“ Den rechtlich-politischen Standpunkt in Bezug auf die Staatsverträge anlangend, aus denen die Polen ihre Ansprüche zu rechtfertigen suchen, so dränge sich das geradezu Widersinnige auf, die bare Unmöglichkeit der von den Polen geforderten territorialen Einheit von Landestheilen, die unter den Regierungen verschiedener Staaten stehen, von denen jede sich ausdrücklich die volle Souveränität in jenen Verträgen reservirt habe. Wie sehr man daher auch sonst den nationalen Bestrebungen der Polen innerhalb vernünftiger Schranken Erfolg wünschen möge: sobald dieselben mit der nationalen Existenz der Deutschen zusammenstoßen, sei einzig und allein das entschiedene Zurückweisen an der Stelle. „Wie keine Demarkationslinie im Stande gewesen ist, deutschen Unternehmungsgesist, deutsches Kapital abzuhalten, seine Eroberungen darüber hinaus zu erstrecken, so soll auch kein solcher willkürlicher Strich auf der Landkarte uns von unseren Brüdern jemals trennen, jemals das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erschüttern vermögen, das uns mit ihnen unausslöschlich verbindet.“ Diese Rede fand eine begeisterte Aufnahme, mit Einstimmigkeit trat man den in der Rede entwickelten Ansichten bei und beschloß eine Petition an das Abgeordneten-Haus gegen den von Niegolewski und Genossen eingebrachten polnischen Antrag.

Frankreich.

Paris, 8. April. Der Kaiser hat, wie man der „Corr. Havas“ meldet, den französischen Truppen in Syrien eine Anzahl zum Ueberbau gehöriger Werkzeuge, sowie auch verschiedene Samereien geschenkt, damit ihr Aufenthalt den syrischen Provinzen einen materiellen Nutzen bringe, und „Frankreich auf diese Art unversinkliche Spuren seiner großmüthigen Intervention hinterlasse.“ — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den Bericht, den der Akademiker Costa dem Kaiser über die Organisation der Seefischerei behufs Erweiterung und Erhöhung der französischen Seemacht erstattet hat. — Das Gerücht, als werde bei Chambery ein Lager errichtet werden, wird der „Indépendance“ als durchaus unbegründet bezeichnet. Die Zahl der Savoyischen, welche sich in die Annexion an Frankreich nicht fügen wollen, sondern sich für die italienische Nationalität entschieden haben, beläuft sich, wie aus Chambery gemeldet wird, auf 8400. — Daß die Polen und Ungarn nach Brescia zur großen Comité-Sitzung eingeladen worden, unterliegt keinem Zweifel wie sorgfältig diese Thatsache bisher auch von der italienischen und französischen revolutionären Presse geheim gehalten worden ist. Gestern hat man hier sogar erfahren, daß das gesammte Comité von Brescia nach Turin berufen worden ist. Dies kann nun allerdings auch den Zweck haben, sich des ruhigen Verhaltens desselben desto mehr zu vergewissern, aber andere beunruhigende Symptome berechtigen kaum zu so tröstlichen Hoffnungen. Man hatte verkündet, daß dieser Tage ein großes Bankett in den Sälen des Hotel Louvre zu Ehren des Generals Nino Bixio welcher sich in diesem Augenblicke in Paris befindet, so wie zu Ehren des ungarischen Generals Klapka und verschiedener polnischer Notabilitäten stattfinden sollte. Dieses Bankett wurde auf unbestimmte Zeit verschoben; die Einen sagen, auf Rath der Regierung selbst, die Andern, weil die Haupteingeladenen sich plötzlich nach Brescia begeben mußten, wohin sie von Garibaldi berufen wurden.

Die Unterdrückung der Redemptoristencongregation in Douai und Lille und die polizeiliche Ausweisung der nicht französischen Mitglieder derselben, schreibt man der „N. V. Z.“, ist der Anfang der „Mafregelung“, welche dem Alerus zugebacht ist. Die religiösen Wohltätigkeitsvereine werden binnen Kurzem an die Reihe kommen, zur größten Genugthuung des „Siecle“ und der „Opinion nationale“ und ihrer Protectoren, welche sich heifer nach der Ausrottung der „Hantläuse“ schreien, wie sie die „barmherzigen Schwestern“ und die Mitglieder der Gesellschaft von St. Vincent Paul zu nennen pflegen. Es ist ganz gut, daß die Masken fallen. Die Ereignisse einer nicht fernen Zukunft werden den Commentar zu dieser Andeutung liefern, auf die ich mich beschränke. Nichts ist lustiger als die Declamation der gouvèrnementalen Blätter gegen das, was sie die Einmischung des Episcopates in die politischen Angelegenheiten nennen. War etwa die „Rettung der Gesellschaft“ am 2. Dezember eine politische Angelegenheit? und wie hüftete man sich damals mit den überschwänglichen Adressen und Anreden der Prälaten! Und die Reise in die Bretagne? Als der gummiartige Alerus die Mauern herbeiführte, um Napoleon III. die gebührende Huldigung darzubringen, da hatte man nichts dagegen einzuwenden, daß er sich auf das Gebiet der Politik verirrte, war vielmehr erzüdet darüber, und dieselben Blätter, welche heute Zeter fächeln, sondern nicht Worte genug, um der Geistlichkeit Glück zu wünschen. Weshalb hat man endlich den Cardinalen einen Sitz im Senate eingeräumt, wenn man nicht will, daß sie sich mit der Politik beschäftigen? Doch genug hierüber; der Bruch zwischen dem Empire und dem Episcopat, sowie der katholischen Partei, ist eine vollbrachte Thatsache, und die Zukunft wird diejenigen

auflären, welche meinen, daß die katholische Partei nichts als eine mächtige Gotterie sei.

Aus Cochinchina wird gemeldet, daß dort am 13. Februar fast die ganze französische Flotte aus China eingetroffen war und der spanische Bevollmächtigte, Oberst Palanca, am 8. Februar an Bord der „Imperatrice Eugénie“ den Vice-Admiral Charner bewillkommt hatte. — Die „Gazette du Midi“ theilt folgenden Brief aus Toulon mit: „Alle Officiere, welche von dem ersten cochinchinesischen Feldzug zurückgekehrt sind, haben mit Erstaunen in der „Patrie“ den Brief eines angeblichen Correspondenten in Saigon gelesen, welcher meldete, daß gleich nach der Ankunft des von Manila mit Pferden erwarteten Dampfers „Gironde“, die Expedition ihren Marsch auf Hué, das nur 60 Kilometer von Saigon entfernt liege, antreten würde. Es ist indessen erwiesen, daß diese beiden Städte in gerader Linie 175 Stunden von einander entfernt liegen, daß sich zwischen ihnen ein den Europäern ganz unbekanntes Land befindet, und daß sie unter einem Klima liegen, welches selbst eine gerade Straße ungangbar machen würde. Uebrigens hat man auch nie an dergleichen gedacht. — Die Expeditionen-Armee kann weiter nichts thun, als die Blockade Saigons aufzuheben, wenn es möglich ist, die anamitische Südarmerie auseinanderzusprengen und Mytho zu erobern, welches derselben zur Niederlage und Operations-Basis dient. Erst nach diesem Handstreich könnte man die nöthigen Dispositionen treffen, um die Truppen einzuschiffen und nach dem Norden hinauszufahren. Die Landung müßte so nahe als möglich der Hauptstadt zu geschehen, welche nur 60 Kilometer von der Deltastadt entfernt liegt.“

Großbritannien.

Die Dampferflotte, die als Reserve gegenwärtig im Medway bei Chatham liegt, besteht aus vier Divisionen. Die erste Division, die ihre Geschütze an Bord hat, und, wenn es Noth thut, in wenig Tagen auslaufen kann, besteht aus 11 Schiffen mit 202 Kanonen und 1980 Pferdekraft. Die zweite Division, die wohl keine Artillerie und Proviant an Bord hat, im Uebrigen aber segelfertig ist, besteht aus 29 Schiffen mit 733 Kanonen und 860 Pferdekraft. Die dritte Division zählt 22 Schiffe mit 310 Kanonen und 4600 Pferdekraft, und die vierte, deren Maschinen repariert werden, aus 7 Schiffen mit 277 Kanonen und 2400 Pferdekraft. Die Reserve-Dampferflotte in Medway zählt somit zusammen 69 Fahrzeuge mit 1522 Geschützen und Maschinen von nominell 17,580 Pferdekraft.

Italien.

Aus Turin, 2. April, wird der „Donau-Ztg.“ geschrieben: Die mazzinistische und Cavour'sche Partei arbeitet seit einiger Zeit gemeinschaftlich darauf hin, einen neuen Conflict mit Oesterreich herbeizuführen. Es ist jetzt hier ganz dasselbe Treiben, wie es dem Ausbruche des Krieges im Jahre 1859 vorherging. Alles Dichten und Trachten ist nur darauf gerichtet, Oesterreich dahin zu bringen, daß es mit dem Angriff beginne, weil man in diesem Falle der französischen Hilfe so gut wie gewiß wäre. Man nimmt hier allgemein an, daß die jetzige Agitation in Paris autorisirt sei, sonst würden es die Anhänger des Grafen Cavour kaum wagen, sich mit solcher Ostentation auf die französische Hilfe zu berufen. Auch hat man die Bemerkung gemacht, daß die hiesige Kriegslust gleich der Ebbe und Fluth fällt und steigt, je nachdem die Pariser Berichte lauten. Hier ist das Gerücht verbreitet, es sei ein Abgesandter aus Rom eingetroffen, um mit der Regierung Unterhandlungen einzuleiten. Obschon daselbst von den ministeriellen Kreisen ausgeht, so ist es doch nichts als eine Erfindung. Die Curie unterhandelt nicht mit der piemontesischen Regierung, am allerwenigsten mit dem Grafen Cavour. So lauten alle Berichte aus Rom. Die Entstehung jener falschen Nachricht läßt sich sehr leicht erklären. In- und außerhalb der Kammer gibt es eine Partei, die fortwährend auf Erledigung der römischen Frage dringt. Cavour kann aber darin für sich gar nichts thun. Er muß abwarten, was man in Paris darüber zu beschließen für gut findet. Um nun die ungesunden Dränger einigermaßen zu beschwichtigen, so streut man von Zeit zu Zeit Nachrichten aus, wie die obige. Ich erinnere nur beispielsweise an das endlose Geschwätz, das sich seiner Zeit in hiesigen und auswärtigen Blättern an die Anwesenheit des Abbe Passaglia knüpfte. Ein hiesiges Blatt, die „Armonia“, sagte kürzlich, der Kaiser der Franzosen hätte keine 24,000 Mann nach Rom zu schicken gebraucht, um die Piemontesen von dort abzuhalten, ein Corporal würde dazu genügen, ja, wenn Napoleon III. ihnen nur seinen Stiefel schickte, so würde Dies eben so gut sein. Besser könnte man wohl die gänzliche Abhängigkeit Piemonts von Frankreich nicht charakterisiren.

Die langwierigen Debatten der zweiten Kammer des Turiner Parlaments über die traurige Lage der Dinge in Süditalien haben ihren Abschluß in der Annahme einer motivirten, von den Abgeordneten Torreatsa und Mamiani vorgeschlagen und für die Situation sehr charakteristisch klingenden Tagesordnung gefunden; diese lautet: „Die Kammer nimmt Act von den Erklärungen des Cabinets bezüglich der genauen Einhaltung der Gesetze; sie vertraut, daß die Regierung die geeigneten Maßregeln zur Beschränkung der administrativen Unthätigkeit der neapolitanischen und sicilischen Provinzen ergreifen wird; sie besteht auf der sofortigen und wirksamen Veröffentlichung der von der Regierung verheißenen, die öffentliche Sicherheit und die öffentlichen Arbeiten angehenden Maßregeln, und geht zur Tagesordnung über.“

Der Kriegsminister Fanti hat, wie man aus Turin vom 8. April der „Allg. Ztg.“ telegraphirt, seine Entlassung eingereicht, die noch nicht angenommen wurde. Die sardinische Flotte wird sich in den süditalienischen Gewässern vereinigen, und erhält eine wichtige Bestimmung. Die Kammer soll eiligst einen

Gesandtenwurf über umfassende Matrosen-Aushebung genehmigen.

Garibaldi hat das von der Mailänder Gesellschaft für die italienische Einheit ihm angetragene Ehrenpräsidium angenommen.

Garibaldi muß noch immer das Bett hüten. Piemontese Blätter melden, er werde die Schwefelbäder von Aquì gebrauchen, obwohl die Saison daselbst noch nicht eröffnet ist.

Aus Tortona vom 6. d. M. meldet die „Opinione“, daß die Nachricht, es sei daselbst ein verkleideter österreichischer Offizier verhaftet worden, gänzlich unwahr ist.

Die „Gaz. de France“ weist aus amtlichen Documenten nach, daß von den 85 Mill. Fr., die Garibaldi bei seinem Eintreffen in Neapel im dortigen Staatsfiscus vorfand, nach Ablauf seiner Dictatur auch kein Pfennig mehr übrigbliebe. Für seine Truppen waren 46,066,500 Fr., für das piemontesische, ihm zu Hilfe geleiste Heer 13,700,000 Fr., für die Marine 418,500 Fr., von der Dictatur unter der Rubrik „Waffenankauf“ 8,105,070 Fr., von ihrem Secretariat für „bringende Auslagen“ 8,374,500 Fr., für die Auslagen bei der Ankunft des Königs Victor Emanuel nicht weniger als 8,568,000 Fr. aufgerechnet worden. Ein Turiner Blatt, das diese Rechnung wiedergibt, fügt hinzu: „Eines ist gewiß; unter den Bourbonen war von Steuererhöhung keine Rede, während sie jetzt unausweichlich ist; unter den Bourbonen hatten die Staatsschuldverreibungen den Kurs von 120, gegenwärtig kaum 76; unter den Bourbonen herrschte aller Orten Ordnung; jetzt herrscht Anarchie.“

Ein Pariser Correspondent der „Independ.“ will wissen, „es stehe außer Zweifel, daß die päpstlichen Pretiosen, Reliquien und die Pius IX. von fürstlichen Personen dargebrachten Gaben in Risten verpackt und unter Leitung des Abbate L., eines Subalternbeamten des päpstlichen Hauses, nach Spanien abgeschickt worden seien.“ Der Correspondent theilt zugleich folgende Stelle aus dem Briefe eines römischen Cardinals an einen französischen Bischof mit: „Die Lage verschlimmert sich täglich und ich sehe neues Unheil heranziehen, daß uns zwingen wird, Rom zu verlassen; vielleicht habe ich das Glück, bei Ihnen eine Zufluchtsstätte zu finden. Mehrere meiner Kollegen sind gesonnen, sich nach dem südlichen Frankreich oder nach Nizza zurückzuziehen, da diese Stadt nicht mehr zu Piemont gehört und man daselbst mit keinem Gefühle der Sicherheit leben kann.“ Lieferungsverträge für die französische Befahrung in Rom, die am 31. März abgeschlossen waren, wurden auf weitere sechs Monate mit dem Vorbehalte abgeschlossen, daß dieselben bis 1. April 1862 gelten würden, wenn die französische Regierung dem Lieferanten dies vier Wochen vor Ablauf des Halbjahres ankündige.

Serbien.

Berichte der „N.P.Z.“ aus Belgrad, 2. April, melden: Die wegen der nicht mehr zu ertragenden Tyrannie der türkischen Behörden aus dem Nischen Paschalikat geflüchteten Christen hatten den Repräsentanten der Großmächte in Belgrad ihre traurige Lage geschildert und sie gebeten, ihre gerechten Klagen zur Kenntniß ihrer Regierung zu bringen. Jetzt theilen sie denselben mit, daß sie dem Sultan in einer von sämmtlichen Flüchtlingen unterzeichneten Vorstellung auseinanderzusetzen haben, daß sie, bei der Willkür der türkischen Behörden in den von Christen bewohnten Provinzen, trotz aller Befehle des Sultans, neuen Verfolgungen ausgesetzt sein würden, wenn sie von ihnen ertheilten Amnestie Gebrauch machen wollten. Sie werden daher im Fürstenthum Serbien, wo sie eine gute Aufnahme gefunden, verbleiben, bis sie unter dem Schutze von christlichen, aus ihrer Mitte gewählten Behörden eine Bürgschaft für Leben, Eigentum und für die Ehre ihrer Frauen finden werden.

Rußland.

Zu dem Vorstande der Warschauer Judenthätigkeit und zu einer Deputation der Jüdischen Gemeinde der Stadt Pincow hat Graf Wielopolski am 4. April u. A. Folgendes gesagt: Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich die heutigen Tages in Gang gekommene Meinung derjenigen theile, welche Ihnen da und dort raten und als Bedingung stellen, daß Sie aufhören sollten, zu sein, was Sie sind, und die Sie vom Wege des Pantheismus abbringen und vor den Pfug spannen möchten. Der Beruf des Adersmannes ist allerdings ein ehrenwerther; ich selbst bin, meiner Profession nach, ein Adersmann, aber Adersleute haben wir stets in Fülle gehabt, meine Herren; es fehlte unserem Lande an einem angesehenen sogenannten dritten Stande, dessen Keim, durch die Fülle der in Sie gelegt, durch die Anerkennung verflümmelt. Lassen Sie uns durch gemeinsame Bemühungen dahin wirken, diesen Keim zu beleben und zu entwickeln. Hier liegt Ihre Würde in der Gesellschaft. Es wird dies wesentlich von Ihrer Verständigkeit und Einsicht abhängen: möchten diese Eigenschaften, durch welche Sie seit langer Zeit sich auszeichnen, unser aller Ertheil werden.

Die neulich erwähnte Mädchendemonstration im Erziehungs-Institute zu Pulawy bestand darin, daß die Schülerinnen verlangten, die Vorsteherin solle einen Trauergottesdienst veranstalten und ihnen gestatten, Trauerkleider anzulegen. Da ihnen Beides verweigert wurde, revoltirten die kleinen Amazonen derra, daß sich die Vorsteherin flüchtete und Militär zur Wiederherstellung der Ordnung requirirte.

Montenegro.

Dem „Svetovid“ berichtet man unter dem 12. März: „In Montenegro bereitet man sich für den Fall eines Krieges vor. Jeder Montenegriner muß mit der vorgeschriebenen Anzahl Patronen, zwei Feuersteinen und einem Paar neuer Spanten und mit in gutem Zustande erhaltenen Waffen versehen sein. Jedem

hat sich auf den ersten Aufruf bei dem betreffenden Desetdar (Decurio) zu melden, welcher seine Leute dann zum Hauptmann zu stellen haben wird. Für eine diesfällige oder eine andere Außerachtlassung wird dem Desetdar mit Absehung und oben darauf noch mit Stockprügeln gedroht. Jene dem Blockhause in Sutorina mit einer Besatzung von 3000 türkischen Soldaten zu Hilfe gekommene Fregatte dürfte nach den erwähnten Berichten in Folge eines vom russischen Consul erhobenen Protestes nicht auf österreichischem Gebiete landen. Auf diese Art befindet sich der südliche Theil von Gradowo sammt der Meeresküste in Montenegro's Gewalt, und so habe Oesterreich die Verbindung auf dem festen Lande verloren. Die Montenegriner, heißt es weiter, wollen von dem mit der Türkei abgeschlossenen Vertrage nichts wissen, noch gestatten sie österreichischem Militär den Eintritt in den neuverworbenen Gebietstheil. Wenn das Städtchen Dragalj (am Concentrationspunkte der österreichischen, türkischen und montenegrinischen Grenze) nicht die größte Vorsicht anwendet, so ist auch der Bezirk Rifan verloren, dessen Einwohner bezüglich des Handelsverkehrs mehr an Montenegro als an Oesterreich angewiesen sind. Die Nachie Ermaica (welche einerseits an den See von Scutari, andererseits an die Nachie Bar grenzt) führte am 24. Februar im Schilde, das Gebiet von Spica bis Bar zu nehmen; da man aber im Hafen von Bar eine türkische und eine österreichische Fregatte nebst 3000 Ruzams in den Dörfern fand, so wurde der Plan aufgegeben.“

Von der Rarenta, 4. April, wird geschrieben: Am 2. d. M. hat bei Poglica, 3 bis 4 Stunden südlich von Trebinje, ein Gefecht stattgefunden, indem die Aufständischen gegen letzteren Ort vordringen wollten, jedoch zurückgeworfen wurden. Nuchir Ismael Pascha ist erkrankt. — Vor einigen Tagen, so erzählt man sich, ist der russische Consul zu Mostar, während er in den Gassen promenirte, arg insultirt worden. Eine Türkin hat ihm nämlich aus dem Fenster eines Hauses in's Gesicht geschrien. — Von der in Mostar tagenden Enquete-Kommission verlautet nichts Erquickliches und dürfte ihre Thätigkeit bald im Sande verkommen sein. — Was die Gefechte bei Blotovac und Voglica betrifft, so scheinen sie ganz bedeutungslos gewesen zu sein, obwohl sie seitens der Türken zu großen Waffenthaten erhoben werden. In der ersten Affaire, die zwei Tage dauerte, verloren die Türken nur den Einen historischen Todten, in den letzteren sollen beiderseits sehr geringe Verluste stattgefunden haben. — Aus diesen letzteren Vorgängen zu schließen, scheint die Nachricht von dem Abschlusse eines Waffenstillstandes sich nicht zu bestätigen.

Amerika.

Aus New-York, 27. März, wird gemeldet: Die Bevollmächtigten des Südens stehen wie es heißt, mit den Gefandten Frankreichs und Englands in Washington auf freundschaftlichem Fuße. Am 27. sollte in der Convention von Süd-Carolina eine Resolution eingebracht werden: daß die entsprechenden Maßregeln ergriffen werden mögen, um dem unter Major Anderson stehenden Bundesfort Sumter die Lebensmittel-Zufuhr abzuschneiden. In der Convention von Louisiana war eine Resolution eingebracht worden, die sich zu Gunsten des Freihandels zwischen der Confederation und den westlichen Staaten erklärt. Sämmtliche dem Staate Louisiana gehörigen Festungen, Arsenal, Leuchthürme und Zollkutter sollten der südlichen Confederation übergeben werden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Kraakau, 12. April.

* Dr. Franz Smolka hat die ihn in der Wählerklasse des großen Grundbesitzes im Wahlkreise St. Josef gefallene Wahl eines Landtags-Abgeordneten abgelehnt. In Folge dessen wurde eine neue Wahl eines Landtags-Abgeordneten für den großen Grundbesitz im benannten Wahlkreise angeordnet und der 17. April 1. d. als der Wahltag bestimmt.

† Die seit vergangener Woche eröffnete Kunstausstellung zählt bis jetzt beinahe 90 Nummern, deren Mehrzahl Arbeiten auswärtiger Künstler, besonders aus der Düsselthorfer Schule, bilden. Von polnischen Malern und Bildhauern sind bis jetzt Brzostowski, Giazzi (Water u. Sohn), Kossler, Zaroszyński, Orgelowski, Mahold, Korajadewicz, Pilati, Schembowski, Kuskiewicz, Chyniewski, Seibitz, Hoffmann, Schuchowski und Zakuski vertreten. Unter den ausländischen Gemälden erregen die besondere Aufmerksamkeit die „Dumka ukraińska“ von Giazzi jun. aus Krakau, das „Schneegebirg“ von S. Kaufmann aus Düsseldorf, die Genrebilder: „Die Versuchung“ von S. S. in Wien und „die erste Kugel“ von B. de Roos aus Brüssel. Ein kleines Bild von großem Effect, das auch ohne den reichen Goldrahmen den Blick der Kenner auf sich ziehen muß, hat eine Dame aus Wien, Fräulein Germinie Karys, geschenkt. Einige Bäume, ein Baumstumpf auf rother Fläche, die kaum erkennbare Figuren beleben und der weite Horizont herdrängen, bilden das Ganze dieser „ungarischen Landschaft“, aber wie man aus der Klau des Börsen erkennt, sieht man hier die sinnige Künstlerin; das seltene Kolort, die minutiöse Vollendung, die jedes Blatt der dicht belaubten Bäume markirt, die Scharheit der Konturen erzeugen in dem Beschauer das angenehme Gefühl der Ruhe und die Befriedigung, welche man vorzugsweise in Kunstwerken sucht; was hier der marteigefaltete, ist in Thädel, mehr noch läßt die Künstlerin ahnen der durch sie in Thädel gefestigten ergänzenden Phantasie. Mit vielem Talent ausgestattet, gesteht Brzostowski (aus Krakau) in Holz ist die Kopie der Enthauptung St. Johannis nach dem Basrelief des Altmeisters Zeit Stoffs aus der St. Florianer Kirche. Die Wärmorbrüste des großen Dichters Zygmunt Krasiński von dem berühmten russischen Bildner Leherant rechnet zu den Hauptzierden der heutigen Ausstellung.

* Am 5. d. wurde in der Letownia ein entsetzliches Verbrechen begangen, über welches der „Gaz.“ aus einem Privatbriefe folgendes erzählt: Unbekannte Missethäter ermordeten den dortigen Propst P. Sewillo, den man leblos und auf die furchtbare Art verflümmelt im Weite fand. Am Halse zeigten sich Spuren von Erhängung, an den Füßen Wunden, in die man geschmolzenen Wachs gegossen, an den Schläfen Löcher, die von einem Nagel oder Bohrer her-zurühren schienen. Wahrscheinlich hatten die Mörder dem Priester ein Verlöbniß, wo er Geld verborgen habe, abzufragen wollen, denn die Wohnung war sichtlich durchsucht. Der Geistliche war gesund und von hartem Körperbau, woraus sich schließen läßt, daß der Mörder mehr sein und die Qualen des Opfers lange wahrnehmen mußten, da man ihn zu bewachen zu so brutalen Willkür zu verurtheilen. Der Drang, Todengräber, die Wirthin des Ermordeten und noch andere Personen sind festgenommen. Man soll bei ihnen mehrere dem Propste angehörige Sachen vorgefunden haben.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Das schon seit längerer Zeit im Publicum kursirende Gerücht, als gebe das Finanzministerium mit dem Gedanken um, die österreichischen Eisenbahnen einer Einkommensteuer zu unterwerfen, die dem „Fisk. Action.“ zufolge, sogar auf den horriblen Satz von einem Fünftel des Erträgnisses bemessen werden soll, ist als reine Erfindung zu bezeichnen.

Paris, 10. April. Schluß-Course: 3proz. 67.66. — 4 1/2proz. 55. — Staatsbahn 458. — Credit-Mobilier 646. — Lomb. 456. — Oester. Credit-Alten fehlt. — Consols mit 91 1/2 gemeldet. Haltung matt, später besser, wenig Geschäft.

London, 10. April. Mai-Consols 91 1/2.

Wien, 11. April. National-Anlehen zu 5%, 76. — Geld, 76.10 Baare. — Neues Anlehen 83. — G., 83.25 B. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5%, 61.25 G., 61.75 B. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 697. — G. 698. — B. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. öherr. Währ. 157.20 G. 157.40 B. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. ö. 2013. — G. 2014. — B. — der Galiz.-Kar.-Lomb.-Bahn zu 200 fl. ö. 140 (70%) Einz. 157. — G. 157.50 B. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden f. d. B. 129. — G. 129.10 B. — London, für 100 Pfd. Sterling 151.25 G. 151.50 B. — R. Münzduc. 7.15 G. 7.16 B. — Kronen 20.85 G. 20.88 B. — Napo. leond'ors 12.08 G. 12.10 B. — Russ. Imperiale 12.42 G. 12.44 B. — Vereinsthaler 2.27 G. 2.27 1/2 B. — Silber 150.75 G. 151. — B.

Kraakauer Cours am 11. April. Silber-Rubel 140 fl. poln. 111 verl., fl. poln. 109 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öherr. Währung fl. poln. 310 verlangt, 302 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. öherr. Währung 66 1/2 verlangt, 65 1/2 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öherr. Währ. fl. 151 verlangt, 149 1/2 bez. — Russische Imperiale fl. 12.40 verl., 12.20 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 12.10 verlangt, 11.90 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dufaten fl. 7.03 verl., 6.93 bezahlt. — Vollwichtige öherr. Rand-Dufaten fl. 7.17 verl., 7.07 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100 verl., 99 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in öherr. Währung fl. 83 1/2 verl., 82 1/2 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in ö. Währ. fl. 87 1/2 verlangt, 86 1/2 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österreichischer Währung i. 64. — verlangt, 63. — bezahlt. — National-Anlehen von dem Jahre 1854 fl. öherr. Währ. 75. — verlangt, 74. — bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. öherr. Währ. 153 verl., 156 bez.

Neueste Nachrichten.

In Betreff des ungarischen Landtags erfährt Pollak's „Parl. Corr.“, daß das Unterhaus zwar in seine Constituirung gewilligt hat, aber entschlossen sein soll, die Fortsetzung seiner Beratungen in aller Form dahin zu vertagen, bis auch die Abgeordneten der Nebenländer in Pest erschienen sein werden, d. h. bis Kroaten, Serben, Sachsen, Rumänen usw. sich vollkommen über die ihnen zu gewährenden internationalen Bürgschaften mit den Magyaren geeinigt haben.

Kopenhagen, 10. April, Abends.

Heute wurde Befehl gegeben 400 Mann pr. Bataillon einzuberufen und dann sofort die Verpodplung der Bataillone vorzunehmen.

Ein Warschauer Corr. der „Schl. Ztg.“ schreibt: Die Aufregung ist heute ungeheuer. Es herrscht ein starrtes Entsetzen. Offiziere und Soldaten halten die Vorübergehenden an und zwingen sie, die Trauerzeichen abzunehmen, oder reißen sie ihnen selbst ab. Es ist keine Nationaltracht mehr zu sehen. Nach einem dem „Gaz.“ zugekommenen in Warschau cursirenden Gerücht haben General Secewicz und Paniutyn die Demission erhalten.

Von der polnischen Grenze wird unterm 11. d. berichtet: Eine Proclamation des Fürsten-Statthalters ermahnt zu Ruhe, widrigenfalls er sich zur Verhängung des Belagerungszustandes genöthigt sehe. Das Gesetz in Betreff der Ruhestörungen wurde kundgemacht. Die Polizei verbot die beschlagenen Stöße und das Erscheinen der Verwundeten in den Straßen. Bis gestern ist keine Wiederholung der Conflicte vorgekommen.

Ein Telegramm der „Donau-Zeitung“ aus Metkovich, 9. April, besagt: Aufständische der Herzogowina zahlreich. Mehmed Pascha in Trebinje bedrängt. Von Mostar türkische Truppen nach Bilek (östlich Trebinje) abgegangen. Bilek: Bozaks hatten in der Koriennia ein Dorf Dratovac und ein griechisches Kloster überfallen, Bewohner getödtet. Aufa Bukalowich mit aufständischen Haufen die Sutorina wieder verlassen in der Richtung von Zubci. Türkische Flottenabtheilung unter Dilaver Bey bewerkstelligt Blockade nachdrücklich, besonders zwischen Spizza und Antivari.

Ueberlandpost.

(Mittels des Lloyd-Dampfers „Neptun“ am 10. zu Triest eingetroffen, bringt Nachrichten aus Bombay vom 12. und Calcutta vom 8. März.) Mehrere Schiffe mit Truppen sind nach Neuseeland abgegangen. Lord Canning will Ende d. J. nach England zurückkehren. Aus Singapur vom 8. März wird berichtet: In Java große Ueberfluthung, viele Menschenleben gingen verloren, der Wohlstand von Tausenden ist vernichtet. Gleichzeitig wurde Java auch durch ein Erdbeben verunstaltet. Das russische Dampfschiffwader ist nach Kronstadt abgegangen. Shanghai, 16. Februar. Die aus 8 Schiffen bestehende englische Expedition unter Admiral Hope ist nach dem Yangtse-kiang abgegangen. Der englische Gildampfer wurde wegen ungünstigen Nachrichtens aus Japan nach Kanagawa abgelaufen. Der preussische Gesandte sollte am 28. Jänner mit den Schiffen „Arcona“ und „Thetis“ nach Mangafaki und Shanghai und von dort nach Bangkok gehen. Die Mandchu-Soldaten in Peking rebellirten, weil ihnen der Sold nicht ausbezahlt wurde. Sangholin wurde von den Rebellen am gelben Fluße geschlagen, der Kaiser ist noch nicht zurückgekehrt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der angekommenen und Abgereisten vom 11. April.

Angelommen sind die Herren Gutsbesitzer: Wladislaus Graf Szembek aus Boremba. Ignaz Graf Potulicki aus Bobrow. Josef Br. Jaskubowski aus Kopuszyna. Hipolit Rogutski aus Polen. Anton Wladislawski aus Lublin. Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Michael Graf Drzewski, nach Paris. Josef Wierzycki, nach Polen. Gustav Dr. Horod, nach Przemyel. Felix Wodzislawski, nach Gostyne. Wladislaus Graf Jankowski, nach Krakau. Joseph Wierzycki, nach Krakau. Johann Roganowski und Alexander Wlodzislawski, nach Galizien.

N. 876. **Edict.** (2652. 3)

Vom Krakauer k. k. Landesgericht wird über Ansuchen des Wiener Handelskaufes F. Schmitt de pr. 31. Mai 1859 N. 8465 hiemit der Concurs über das gesammte wo immer befindliche, bewegliche und über das in den Kronländern, wo die Civiljurisdiction vom 20. November 1852 (Nr. 251 R. G. B.) Wirksamkeit hat, allenfalls befindliche unbewegliche Vermögen der hiesigen Handelsfrau Anna Petzenbaum eröffnet.

Es werden demnach mittelst des gegenwärtigen Edictes alle jene, welche an diese Concursmasse eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, daß sie ihre auf was immer für einen Rechtstitel sich gründenden Ansprüche bis zum 30. Juli 1861 mittelst einer Klage wider den amnit zum Vertreter der Concursmasse ernannten Landesadvocaten Hrn. Dr. Szychowski zu dessen Stellvertreter Hr. Landesadvocat Dr. Kański bestimmt wird, anmelden, widrigenfalls sie von dem gegenwärtigen und etwa zuwachsenden Vermögen, so weit solches durch die sich meldenden Gläubiger erschöpft sein wird, abgewiesen und ohne Rücksicht auf ein allfälliges Eigentums- oder Pfandrecht zu einem Massacut, so wie ohne Rücksicht auf ein allfälliges Compensationsrecht zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld an die Masse verhalten werden würden.

Zum einstweiligen Massaverwalter wird der Hr. Landesadvocat Dr. Zucker ernannt.

Zur Bestätigung desselben oder zur Wahl eines anderen Verwalters, so wie zur Wahl des Gläubigerausschusses, wie auch zur Feststellung der Art der Vermögensverwaltung und Vergleichsversuch werden die Gläubiger zur Tagfahrt auf den 21. August 1861 um 10 Uhr Vormittags mit dem Beifügen vorgeladen, daß die Nichterscheinenden als der Wahl der Mehrheit der erschienenen Gläubiger beitretend erachtet werden würden.

Krakau, am 25. März 1861.

L. 876. **Edykt.**

C. k. Sąd krajowy w Krakowie wiadomo czyni, iż na żądanie handlu wiedeńskiego pod firmą F. Schmitt de pr. 31. Maja 1859 L. 8465, konkurs na kupcowej Anny Petzenbaum cały majątek ruchomy gdziekolwiek się znajdujący, tudzież nieruchomości o ile się takowy znajduje w krajach koronnych, w których rozporządzenie cesarskie z dnia 20. Listopada 1852 (Nr. 251 Dz. praw P. i R.) obowiązuje otworzonym został.

Wzywa się przeto wszystkich, którzyby sobie jakiegokolwiek prawo do tej upadłości rościć chcieli, ażeby swoje pretensje, z jakiegobądź tytułu prawnego pochodzące, do dnia 30. Lipca 1861 zgłosić, mocą pozwu przeciw zastępcy upadłości adw. krajowego Dra Szychowskiego, któremu się adwokata krajowego Dra Kańskiego jako zastępcę wyznacza. W razie przeciwnym wykluczeni zostaną od majątku tak teraz do upadłości należącego, jakoteż na przyszłość przynoszącego mogącego o ileby takowy przez zgłaszających się wierzycieli wyczerpnięty został — bez względu wzajemnych pretensji z tytułu własności albo prawa zastawu lub możliwego prawa kompensacji jakiegoby im do tej upadłości przysługiwać mogło.

Tymczasowym zarządcą upadłości mianuje się adwokata krajowego Dra Zuckra a do zatwierdzenia tegoż lub do wyboru innego zarządcy również jak do wyboru wydziału wierzycieli i do ustanowienia sposobu zarządu masy, oraz do ugody wyznacza się termin sądowy na dzień 21. Sierpnia 1861 o godzinie 10tej rano, na którym wzywa się wierzycieli z tem ostrzeżeniem, że niestawiający uważani będą, jak gdyby przystąpili do wyboru, większością głosów stawających ustanowionego.

Kraków, dnia 25. Marca 1861.

N. 17445. **Aufforderung.** (2641. 3)

Der bei der Krakauer k. k. Landes-Bau-Direction bedienstet gewesene disponible zur Dienstleistung für die Lemberger Landes-Bau-Direction einberufene Ingenieur, Assistent Georg Hoinke dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, wird hiemit aufgefordert, sich längstens binnen 6 Wochen bei der Lemberger Landes-Bau-Direction zu melden und die auffallende Ueberschreitung des ihm bis Ende September 1860 freiwilligen Urlaubs zu rechtfertigen, zumal seine weitere ungerechtfertigte Abwesenheit und Zögerung im Antritte des Dienstes als Dienstresignation angesehen werden wird.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, den 24. März 1861.

N. 1649. **Rundmachung.** (2659. 3)

Von Seite der Rzeszower k. k. Kreisbehörde wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in der Stadt Rzeszów für die Zeit vom 1. November 1861 bis dahin 1864 nachstehende Gefälle zur Verpachtung kommen:

1. Bier- und Branntwein-Propination mit dem Fiscalcpreis von 30670 fl. 69 kr. 6 W.
2. Meth-Propination mit dem Fiscalcpreis von 1070 fl. 65 kr. 6 W.
3. Markt- und Standgelber mit dem Fiscalcpreis von 893 fl. 32 1/2 kr. 6 W.

Der Termin zur Verpachtung des I. Gefälls wird auf den 21. Mai 1861, für die des II. auf den 22. Mai 1861 und für die Verpachtung des III. Gefälls auf den 23. Mai 1861 bestimmt.

Pachtflüsse welche die Bedingungen in der Magistrats-Ranzlei einsehen können, werden eingeladen, mit 10% Vadium versehen, in festgesetzten Terminen in der Magistrats-Ranzlei um 9 Uhr früh zur Licitation erscheinen zu wollen.

R. k. Kreisbehörde.

Rzeszów, am 8. März 1861.

N. 612. **Edykt.** (2631. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy w Liskach jako Sąd

czyni wiadomo iż w wyprowadzeniu tutejszo sądowej uchwały z dnia 23. Sierpnia 1859 L. 1411 wyznacza do odrzuczenia przymusowej relicytacji realności pod L. d. 47 rep. 24 a tnbeli czynszowej 6 w Bielanych przy szosie położonej, t. j. domu mieszkalnego, zabudowań gospodarczych, ogrodu, pola ornego i łąk powierzchni morgów 3 sążni kwadr. 823, termin na dniu 13 Maja 1861 o 9tej godzinie przedpołudniem w tutejszym urzędzie z tym dodatkiem, że ten termin jest tylko jeden i szczególny jako niemniej, że w razie nieosiągnięcia ceny wyższej, realność ta nawet za niższą od szacunkowej 329 zlr. 93 kr. w. a. sprzedana zostanie.

Każdy chęć licytowania mający winien poprzedz przed komisją licytacją odbywającą złożyć wadium 81 zlr. 90 cent. w. a. Inne warunki licytacyjne mogą być w tutejszym sądzie każdego razu przejrane.

Liszki, dnia 27. Marca 1861.

N. 570. **Edykt.** (2637. 1-3)

C. k. powiatowy Sąd w Żabnie zawiadamia niniejszym Edyktem p. Sylwii Wisłocką z miejsc pobyty obecnego wiadomo, iż przeciw tejże i jej małżonkowi panu Ksaweremu Wisłockiemu, pani Kazimiera Homolacz pozew pod d. 4. Stycznia 1861 L. 14 o zapłacenie talarów 800 i rozwiązanie kontraktu dzierżawnego dóbr Ilkowic wytoczyła, w skutek czego termin do rozprawy sumarycznej na dzień 1. Maja 1861 o godzinie 9tej rano w tutejszym c. k. sądzie został przeznaczony.

Gdy miejsce pobytu p. Sylwii Wisłockiej jest niewiadome, przeto c. k. Sąd powiatowy celem zastępowania pozwanej na jej koszt i niebezpieczeństwo kuratora pana Edwarda Skowrońskiego ustanowił, z którym spór wytoczony według ust. post. sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym zostanie.

Zaleca się przeto pozwanej, aby w zwyż oznaczonym terminie albo sama w sądzie stanęła albo potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niej zastępcy udzieliła lub innego pełnomocnika obrała o tem c. k. Sądowi tutejszemu doniosła w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisać będzie musiała.

Żabno, dnia 28. Marca 1861.

N. 3772. **Edict.** (2648. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem Jakob Müller mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn H. J. Bernstein wegen Zahlung der Wechselsumme von 350 Thaler Preussisch-Courant f. R. G. Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber am 7. November 1860 N. 16025 ihm die Zahlung dieser Summe oder Einbringung der Einwendungen binnen drei Tagen aufgetragen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advocaten Hrn. Dr. Rutowski mit Substitution des Landes-Advocaten Hrn. Dr. Bandrowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Wechselordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertreibung dinstlichen vorschristsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen, selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Kreisgerichte.

Tarnów, am 13. März 1861.

N. 3772. **Edykt.**

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski zawiadamia niniejszym Edyktem Jakoba Müllera, że H. J. Bernstein wniósł przeciw niemu skargę o zapłacenie sumy wekslowej 350 talarów pruskich z przyn. i że w skutek tej skargi uchwałą z dnia 7. Listopada 1860 do L. 16025 poleconemu u zostało sumę powyższą w przeciągu trzech dni zapłacić albo w tymże terminie sądowo wnieść.

Ponieważ miejsce pobytu zapozwanego Jakoba Müllera jest nieznajome przeto c. k. Sąd obwodowy nadał mu kuratora w osobie p. adwokata Dra Rutowskiego z substytucją p. adwokata Dra Bandrowskiego, ażeby go w tem sporze według prawa wekslowego przeprowadzić się mającym sądowo zastępował.

Poleca się zatem pozwanemu ażeby w należytem czasie albo sam osobiście się stawił albo też ustanowionemu zastępcy potrzebnych do tego sporu pism udzielił lub innego rzecznicza sobie obrał i takowego sądowi tutejszemu wskazał słowem ażeby potrzebne na swoją obronę służące środki prawne według przepisów ust. post. sąd. przedsięwziął, w przeciwnym razie wszelką w tem względzie opieszałość sam sobie przypisać będzie musiał.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 13. Marca 1861.

Meteorologische Beobachtungen

| Barom. Höhe | Temperatur | Spezifische | Nichtung und Stärke | Anhalt | Erscheinungen | Abweichung |
|-----------------|------------|--------------|---------------------|----------------|---------------|----------------------------|
| in Baralt. Kind | nach | Feuchtigkeit | des Windes | der Atmosphäre | in der Luft | der Wärme im Laufe d. Tage |
| von | Reaumur | der Luft | | | | von |
| 11 | 332 | 15 | 97 | 35 | West stark | |
| 12 | 31 | 45 | 56 | 71 | schwach | |
| 13 | 29 | 32 | 19 | 88 | | |

N. 3070. **Edict.** (2647. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gegeben, es werde zur Hereinbringung der von Salomon Bögeleisen erstiegten Summe pr. 550 fl. CM. oder 577 fl. 50 kr. 6 W. sammt Nebengebühren die executionelle Versteigerung der den Schultern Hrn. Carl Grafen Krasiński und Frau Caroline Gräfin Skorupkova gehörigen, am 8. Juni 1860 in Baranów gepfändeten und abgeschätzten 400 Stück Schaafes sammt Wolle am Körper bewilligt, zu deren Vornahme zwei Termine und zwar auf den 30. April und 22. Mai 1861 um 9 Uhr Vormittags mit dem festgesetzt werden, daß diese Fahrnisse bei dem ersten Termine nur um oder über dem als Ausrufspreis dienenden Schätzungswert, bei dem zweiten Termine aber auch unter dem Schätzungswert gegen gleich baare Bezahlung hintangegeben werden.

Hiezu werden die Kaufslustigen mit dem Beifügen eingeladen, daß diese Licitation durch den Hrn. k. k. Notar Bartosiński vorgenommen werden wird.

Tarnów, am 13. März 1861.

N. 3070. **Edykt.**

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski uwiadamia, że na zaspokojenie sumy 500 zlr. mk. albo 577 zlr. 50 kr. w. a. z przyn. przez Salomona Bögeleisen wywalczoną, przymusowa sprzedaż 400 sztuk owiec z wełną dnia 8. Czerwca Baranowie dłużnikom p. Karolowi hr. Krasińskiemu i p. Karolinie hr. Skorupkowej zajętych i ocenionych jest dozwolona. Przeznaczając do czynu sprzedaż dwa terminy, a mianowicie na dzień 30. Kwietnia i 22. Maja 1861 o godzinie 9tej rano, z tem dołożeniem, że owe ruchomości przy pierwszym terminie tylko za cenę szacunkową, lub wyższą takową, zaś przy drugim i niższej ceny szacunkowej za gotówkę sprzedanymi będą, zaprasza się chęć kupna mających z tym dodatkiem, że ową publiczną sprzedaż c. k. Notaryusz p. Bartosiński przedsięwzie.

Tarnów, dnia 13. Marca 1861.

N. 2680. **Licitation-Ankündigung.** (2680. 1-3)

Von der Sandeberger k. k. Kreisbehörde wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Behufs der Verpachtung des städtischen Bier- und Brandweinpropinations-Rechtes in der marktberechtigten Stadt Krościenko, für die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 am 22. April 1861 in Krościenko eine öffentliche Licitation abgehalten werden wird, bei welcher mündliche Angebote und schriftliche Offerten angenommen werden.

Der Fiscalcpreis beträgt 601 fl. 65 kr. 6 W. und das Quantum 60 fl. österr. Währ.

Neu-Sandeb, am 27. März 1861.

N. 276. **Edykt.** (2664. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Głogowie zawiadamia niniejszym edyktem nieznajomych co do miejsca i życia małżonków Andrzeja i Elżbiety Tyczyńskich, iż przeciwko nim na dniu 7. Lutego 1861 do L. 276 Kajetan Kalkowski pozew o uznanie prawa własności pod Nr. 16 i 17 w Głogowie położonej a na imie pozwanych zainstalowanej wniósł, i że w skutek tego pozwu termin do ustrnej rozprawy na dzień 5. Lipca 1861 o 9tej godzinie przedpołudniem w powyższym sporze naznaczonym został.

Gdy pozwani ani co do życia, ani co do miejsca pobytu znajomymi nie są, przeto c. k. Sąd powiatowy w celu zastępowania pozwanych na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego mieszczańska Franciszka Szewłogę kuratorem nieobecných ustanowił, temuż kuratorowi ów pozew doręczył i z tem też kuratorem ta sprawa według przepisów postępowania w sprawach cywilnych przeprowadzoną zostanie, gdyby pozwani innego pełnomocnika sobie nieobrali i o tem c. k. sąd powiatowy nieuwiadomili.

Głogów, dnia 28. Marca 1861.

N. 50 c. **Obwieszczenie.** (2643. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym-Sączu na prośbę pana Stanisława księcia Jabłonowskiego w celu zaspokojenia należytości przez tegoż przeciw p. Justynie Skibickiej wywalczoną w ilości 190 duk hol. ważnych w zlocie wraz z odsetkami po 5% od 14. Lipca 1856 liczyć się mającemi, rozpocznie przymusową publiczną sprzedaż połowy w powiecie Bieczu położonych dóbr Staszówki czyli Staszki według ks. własn. 141 stron. 440 lic. 12 wł. na dniu 2. Maja 1861 o godzinie 10tej rano pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania stanowi się 21,566 zlr. 49 1/2 kr. w. a. pod którą ceną połowa rzeczona także sprzedana zostanie.
2. Chęć kupna mający obowiązany jest kwotę 2200 zlr. w. a. jako wadium złożyć.

Z resztą pozostawia się interesowanym wolność przejrzenia i brania odpisu aktu oszacowania i warunków licytacyjnych w całej osnowie w tutejszo sądowej registraturze.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, dnia 4. Marca 1861.

N. 1145. **Rundmachung.** (2477. 1-3)

Am 30. April 1861 um 10 Uhr Vormittags, wird in dem Amtlocale der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction, Ringplatz Haus-Nr. 28, 3. Stock, die öffentliche Verlosung der Grundentlastungs-Schuldverschreibungen des Großherzogthums Krakau und des ehemalsigen westgalizischen Verwaltungsgebietes öffentlich vorgenommen werden.

Von der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction.

Krakau, am 5. April 1861.

Wiener - Börse - Bericht

vom 10. April.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

| | Bel | Monte |
|--|-------|--------|
| In Oest. W. zu 5% für 100 fl. | 56 75 | 57. — |
| Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. | 75.50 | 75.60 |
| Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. | — | — |
| Metalliques zu 5% für 100 fl. | 63.30 | 63.40 |
| ditto. 4 1/2% für 100 fl. | 53.50 | 53.75 |
| mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. | 106 — | 106 25 |
| „ 1854 für 100 fl. | 84. — | 84.50 |
| „ 1860 für 100 fl. | 80. — | 80.50 |
| Como-Renten-Scheine zu 42 L. austr. | 15.50 | 16 — |

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

| | Bel | Monte |
|--|-------|-------|
| von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl. | 88 — | 88.50 |
| von Böhmen zu 5% für 100 fl. | 84.50 | 85. — |
| von Schleien zu 5% für 100 fl. | 84.50 | 85. — |
| von Steiermark zu 5% für 100 fl. | 84.50 | 85. — |
| von Tirol zu 5% für 100 fl. | 97. — | 99. — |
| von Kärnt. u. Krain u. Ruff. zu 5% für 100 fl. | 88. — | 89. — |
| von Ungarn zu 5% für 100 fl. | 63. — | 64. — |
| von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl. | 62. — | 62.75 |
| von Galizien zu 5% für 100 fl. | 61.25 | 61.75 |
| von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl. | 60. — | 60.75 |

C. Actien.

| | Bel | Monte |
|---|--------|---------|
| der Nationalbank | 695. — | 697. — |
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W. | 155.70 | 155.80 |
| der Nied.-öst. Compt.-Gesellsch. zu 500 ö. ö. W. | 561 — | 563 — |
| der Ost.-ö. Nordbahn 1000 fl. ö. W. | 2006 — | 2007. — |
| der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. ö. W. | 274 — | 274.50 |
| der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W. | 182.50 | 183. — |
| der Süd-nord. Verbin.-B. zu 200 fl. ö. W. | 114.50 | 115. — |
| der Theiss. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70%) Einz. | 147 — | 147. — |
| der k. k. Staats-Lomb.-ven. und Centr.-Eisenbahn zu 200 fl. ö. W. | 187. — | 188. — |
| der k. k. Carl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W. | 156. — | 156.50 |
| mit 140 fl. (70%) Einzahlung | 410 — | 411. — |
| der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W. | 146. — | 175. — |
| der österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W. | 385 — | 390. — |
| der Wiener Dampf- u. Schiffschiffahrt-Gesellsch. zu 500 fl. österr. Währ. | 385 — | 388. — |

Pfandbriefe

| | Bel | Monte |
|--|--------|--------|
| der Nationalbank 6jährig zu 5% für 100 fl. | 102. — | 102.50 |
| auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl. | 97. — | 98. — |
| der Nationalbank 12 monatlich zu 5% für 100 fl. | 90. — | 90.50 |
| auf österr. Währ. 12 monatlich zu 5% für 100 fl. | 99.50 | 100. — |
| Galiz. Credit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl. | 86. — | 86.50 |

Rose

| | Bel | Monte |
|--|--------|--------|
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung | 113.50 | 113.75 |
| Donau-Dampfschiffahrt-Gesellsch. zu 100 fl. ö. W. | 99. — | 99.50 |
| Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. ö. W. | 125. — | 126. — |
| Stadtkommune Wien zu 40 fl. ö. W. | 35.75 | 36. — |
| Görlitz zu 40 fl. ö. W. | 94. — | 94.50 |
| Salz zu 40 „ | 37. — | 37.50 |
| Balfin zu 40 „ | 36. — | 36.50 |
| Clary zu 40 „ | 35. — | 35.50 |
| St. Genois zu 40 „ | 36.25 | 36.75 |
| Windischgrätz zu 20 „ | 22. — | 22.50 |
| Waltstein zu 20 „ | 26. — | 26.50 |
| Regelwitz zu 10 „ | 16.75 | 17. — |

3 Monate.

| | Bel | Monte |
|---|--------|--------|
| Angsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3 1/2% | 129.25 | 129.25 |
| Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3% | 129.25 | 129.50 |
| Hamburg, für 100 M. W. 3% | 113.75 | 114. — |
| London, für 10 Pds. Sterl. 8% | 151.75 | 152.25 |
| Paris, für 100 Franks 7% | 60.10 | 60. — |

Cours der Geldsorten.

| | Geld | Waare | Leichter | Cours |
|------------------------------------|---------|---------|----------|---------|
| | fl. fr. | fl. fr. | fl. fr. | fl. fr. |
| Kaiserliche Münz-Dufaten | 7 18 | 7 17 | 7 17 | |
| „ vollwichtige Dufaten | 7 18 | 7 17 | 7 16 | |
| Krone | — | — | 20.90 | |
| 20 Frankstück | 12 14 | 12 12 | 12 12 | |
| Russische Imperiale | — | — | 12.42 | |
| Silber | — | — | 151.25 | |

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 4. November 1860 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien und Breslau 7 Uhr früh, 3 Uhr 35 Min.; — nach Warschau 7 Uhr früh; — nach Danzig und über Döberitz nach Preußen 9 Uhr 45 Min. früh; — nach Rzeszów 5 Uhr 35 Min. früh; — nach Przemyśl 10 Uhr 30 Min. früh, 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Bielitz 7 Uhr 20 Min. früh, 6 Uhr 30 Min. Abends.

von Wien nach Krakau 7 Uhr früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ofen nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Granica nach Czajkawa 6 Uhr 30 Min. früh, 2 Uhr 6 Min. Nachmittags.

von Czajkawa nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vormitt., 1 Uhr 48 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends; — nach Terebnia 7 Uhr 23 Min. früh, 2 Uhr 33 Min. Nachmittags.

von Rzeszów nach Krakau 2 Uhr 25 Min. Nachmitt.; — nach Przemyśl 7 Uhr 15 Min. früh, 8 Uhr 15 Min. Abends.

von Myslowitz nach Krakau 1 Uhr 15 Min. Nachm.

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ofen über Döberitz nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Rzeszów 8 Uhr 40 Min. Abends; — von Bielitz 6 Uhr 40 Min. Abends.

in Rzeszów von Krakau 11 Uhr 51 Min. Vorm.

in Przemyśl von